

Chronologie der österreichischen Sozialpartnerschaft seit 1945

1945	<p>Gründung eines gemeinsamen Komitees zur Beratung dringlicher sozialpolitischer Probleme zwischen Wiener Handelskammer und Arbeiterkammer Wien.</p> <p>Gründung der Dachverbände Österreichischer Arbeiterkammertag (Bundesarbeitskammer) und Österreichischer Gewerkschaftsbund.</p>
1946	Gründung der Dachverbände Bundeswirtschaftskammer und Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern.
1947	Gründung einer ständigen gemeinsamen Wirtschaftskommission als erster Schritt zur Institutionalisierung.
1947-1951	5 Lohn-Preis-Abkommen als erste freiwillige Vereinbarungen der Sozialpartner als Neuordnung der Lohn- und Preispolitik, beschlossen durch die Bundesregierung. Seit damals bis heute Garanten für eine maßvolle Lohnpolitik.
1951	Die Wirtschaftskommission wird vom Wirtschaftsdirektorium ersetzt. Den Vorsitz hatte der Bundeskanzler inne; Vizekanzler, Verkehrs- und Außenminister waren ebenfalls vertreten.
1952	Die Wirtschaftskommission wird vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig eingestuft und aufgehoben.
1957	Errichtung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen auf Initiative von Bundeskanzler Raab und ÖGB-Präsident Böhm, Gründung des Preisunterausschusses.
1958	Die Novelle des Kartellgesetzes 1958 ist Basis für die Gründung des Paritätischen Ausschusses für Kartellangelegenheiten, bestehend aus je zwei Vertretern der Bundeskammer der gewerbliche Wirtschaft und des Arbeiterkammertages.
1961	Stabilisierungsabkommen der Paritätischen Kommission auf der Grundlage eines Sechs-Punkte-Programms des ÖGB, Grundlage für einen elastischen Lohn- und Preisstopp.
1962	Raab-Olah Abkommen der Paritätischen Kommission: Gründung des Unterausschusses für Lohnfragen, Erstellung eines Stabilisierungsprogramms, Bedingungen für die Inanspruchnahme von „Fremdarbeiterkontingenten“.
1963	Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in der Paritätischen Kommission.
1967/68	Einführung der Wirtschaftspolitischen Aussprache (mit OeNB, WIFO), Gründung des Verbändekomitees durch BM Koren (mit Regierung, Wirtschaftspartnern, dem Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut und der OeNB).
1972	Benya-Sallinger Stabilisierungsabkommen, um durch Lohn- und Preismäßigung Inflationserwartungen zu brechen; bis 1973 in Kraft.

1987	Teilnahme an der Arbeitsgruppe für europäische Integration, im Rat für Fragen der österreichischen Integrationspolitik.
1989	Gemeinsame Stellungnahme „Österreich und die europäische Integration“. Die Sozialpartner geben eine Empfehlung zum EU-Beitritt unter bestimmten Voraussetzungen ab, der ÖGB deponiert seine Bedingungen.
1990/1991	Gemeinsames Konzept zur Pensionsversicherungsreform, Studie der Sozialpartner zur Pensionsreform „Soziale Sicherung im Alter“.
1991	Gemeinsame Stellungnahme „Österreich und der Europäische Wirtschaftsraum“, die allerdings unveröffentlicht blieb.
1992	Reorganisation der Paritätischen Kommission, der Preisunterausschuss wird zum Wettbewerbs- und Preisunterausschuss, Gründung des Unterausschusses für internationale Fragen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, Sozialpartnerabkommen Neu mit erweiterten Zielbereichen.
1994	Europaabkommen zwischen SPÖ und ÖVP: Gleichberechtigte Teilnahme der Sozialpartner an der österreichischen Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung im Rahmen der EU, Einbindung in die österreichische Vertretung in Brüssel, anschließende Regelung in einem eigenen Bundesgesetz.
Seit 1995	Einbindung in den europäischen Sozialen Dialog durch Übernahme von Spitzenfunktionen der europäischen Verbände durch österreichische Vertreter der Sozialpartnerschaft: Verzetnitsch (ehem. EGB-Präsident), Leitl (ehem. Eurochambres-Präsident, jetziger Eurochambres-Ehrenpräsident), Schwarzböck (COPA-Präsident), Bernert (Eurocommerce-Präsident), Bamberger (ehem. UEAPME-Vizepräsident) und Toifl (UEAPME-Vizepräsident), Teilnahme an den europäischen Sozialpartnerübereinkünften zu Elternurlaub, Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträge, Teilnahme am makroökonomischen Dialog und am tripartiten Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung, Nominierung von Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.
1998	Kooperationsvereinbarung UEAPME-UNICE: UEAPME wird in den Kreis der verhandelnden europäischen Sozialpartner aufgenommen.
2003	Umsetzung des Sozialpartnervorschlages zur „Abfertigung neu“.
Bis 2005	Bisher über 80 Studien des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, zuletzt zur Rolle makroökonomischer Bedingungen bei der Lissabon-Strategie der EU.